

Bundesrat

Drucksache 212/16

27.04.16

Fz

Unterrichtung

**durch das Bundesministerium
der Finanzen**

Haushaltsführung 2015

**Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungs-
ermächtigungen im vierten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2015;
Vierteljährliche Mitteilung gemäß § 37 Absatz 4 BHO i.V.m.
§ 4 Absatz 2 HG**

Bundesministerium der Finanzen
Parlamentarischer Staatssekretär

Berlin, 25. April 2016

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Stanislaw Tillich

Sehr geehrter Herr Präsident,

gemäß § 37 Absatz 4 Bundeshaushaltsordnung in Verbindung mit § 4 Absatz 2 Haushaltsgesetz 2015 übersende ich die Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen (üpl./apl.) Ausgaben im vierten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2015.

Auf Bitte der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages erhält diese eine Kopie des gleich lautenden Schreibens zur Unterrichtung des Präsidenten des Deutschen Bundestages.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Spahn

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im vierten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2015

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Einzelplan/ Kapitel Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushaltsplan 2015 T€	bewilligte über-/außerplanmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt		
0401	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt		
532 02	Kosten aus Anlass von Auslandsreisen der Bundeskanzlerin (einschließlich Staatsbesuchen)..... <i>Höhere Kosten aus Anlass von Auslandsreisen der Bundeskanzlerin aufgrund der aktuellen politischen Situation.</i>	1.200	1.500
05	Auswärtiges Amt		
0501	Sicherung von Frieden und Stabilität		
687 10	Beitrag an die Vereinten Nationen..... <i>Mehrbedarf beim Beitrag an die Vereinten Nationen nach verschobener Rechnungslegung für die VN-Friedensmissionen (FEM) auf Grund veränderter Mandatierung der FEM durch den VN-Sicherheitsrat. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf völkerrechtlichem Vertrag.</i>	449.368	39.540
06	Bundesministerium des Innern		
0601	Gesellschaft und Verfassung		
532 44	Kosten für Veranstaltungen der Verfassungsorgane aus besonderen Anlässen, insbesondere für Staatsakte, Staatsbegräbnisse und zentrale Gedenkveranstaltungen..... <i>Mehrausgaben zur Finanzierung des Staatsaktes zum Gedenken an den verstorbenen Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt.</i>	156	500
0625	Bundespolizei		
532 06 apl	Verwendung, Einsätze und Maßnahmen der Bundespolizei zur Bewältigung der Flüchtlingslage in Deutschland..... <i>Mehrausgaben auf Grund der Wiedereinführung der stationären Grenzkontrollen Die außerplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen Die Rechtsverpflichtungen beruhen insbesondere auf dienstrechtlichen Ansprüchen auf Grund der Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Bundespolizeigesetz.</i>		42.981
671 01	Erstattungen an Dritte für die Durchführung der Fluggast- und Reisegepäckkontrolle..... <i>Mehrausgaben auf Grund höheren Anstiegs des Passagieraufkommens im Luftverkehr, veränderter Sicherheitsanforderungen für das Kontrollverfahren und überdurchschnittlicher Tarifaufschläge im Sicherheitsgewerbe bei der Erbringung von gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen von Passagieren und Gepäck auf den deutschen Flughäfen (Luftsicherheitskontrollen). Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen Die Rechtsverpflichtungen beruhen auf der Grundlage von § 5 Luftsicherheitsgesetz in Verbindung mit § 4 des Bundespolizeigesetzes durch die Bundespolizei mit privaten Sicherheitsdienstleistern geschlossenen Verträgen zur Durchführung von entsprechenden Sicherheitskontrollen</i>	310.246	63.000

Einzelplan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2015 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4

0628 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

532 06 apl Unterstützungsleistungen des BBK bei der Verteilung von Flüchtlingen 32.700

Unterstützungsleistungen des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe bei der Verteilung von Flüchtlingen. Die außerplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 8. Oktober 2015 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

08 Bundesministerium der Finanzen

0801 Wiedergutmachungen des Bundes

699 31 Abschließende Leistung zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen 510.100 48.600

Höherer Bundesbeitrag zum Programm der Conference on Jewish Material Claims Against Germany (JCC) für Einmalbeihilfen an Holocaust-Überlebende (Hardship Fund) auf Grund gestiegener Antragszahlen. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf dem Art. 2 der Zusatzvereinbarung vom 18. September 1990 zum Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der früheren DDR vom 31. August 1990 (Art. 2 Abkommen) und den darauf bezogenen jährlichen Folgeverhandlungen mit der JCC. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 1. Dezember 2015 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

09 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

0910 Sonstige Bewilligungen

662 01 Abwicklung von Altprogrammen 11.574 736

Mehrausgaben auf Grund höherer Ausfälle bei Risikobeteiligungen an Technologieunternehmen (BTU). Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf Mandatar-Verträgen mit der KfW!tbg.

10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

1001 Landwirtschaftliche Sozialpolitik

636 01 Zuschüsse zur Alterssicherung der Landwirte 2.152.000 9.600

Höhere Defizitdeckung des Bundes für die Alterssicherung der Landwirte. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 78 ALG. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 3. Dezember 2015 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales

1102 Rentenversicherung und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

636 85 Zuschüsse zu den Beiträgen zur Rentenversicherung der in Werkstätten und Integrationsprojekten beschäftigten behinderten Menschen 1.175.000 30.428

Höhere Erstattungsbeträge des Bundes für Rentenversicherungsbeiträge, die von den Trägern der Werkstätten für behinderte Menschen für die im Arbeitsbereich beschäftigten behinderten Menschen abgeführt werden, an die Bundesländer. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 179 Absatz 1 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch - SGB VI. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 8. Oktober 2015 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

Einzelplan/ Kapitel Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2015 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4

14 Bundesministerium der Verteidigung

1403 Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten

412 01 apI Zahlung einer Aufwandsentschädigung in Fällen eines dienstlich veranlassten Ortswechsels für innerhalb des Geschäftsbereichs BMVg abgeordnetes/abkommandiertes Personal zur Unterstützung der Aufnahme von Asylsuchenden/Flüchtlingen

Gewährung einer Aufwandsentschädigung in Fällen eines dienstlich veranlassten Ortswechsels für innerhalb des Geschäftsbereichs BMVg abgeordnetes/kommandiertes Personal zur Unterstützung der Aufnahme von Asylsuchenden/Flüchtlingen.

16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

1606 Wohnungswesen und Städtebau

893 01 Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz..... 364.600 20.000

Erhöhter Mittelbedarf auf Grund gegenüber der Veranschlagung und den bisherigen Annahmen gestiegener Prämienansprüche. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen. Die Rechtsverpflichtungen beruhen auf dem Wohnungsbau-Prämiengesetz.

23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

2301 Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit

681 02 Leistungen nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz..... 7.460 19

Mehrausgaben für die Unfallversicherung der Entwicklungshelfer/innen. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf dem Entwicklungshelfer-Gesetz.

687 06 Entwicklungsfördernde und strukturbildende Übergangshilfe 139.000 41.000

Mehrbedarf zur Bekämpfung von Fluchtursachen im Nordirak, in den syrischen Nachbarländern sowie im Jemen.

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Einzelplan/ Kapitell Titel/ VE	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen VE	Ansatz VE laut Haushaltsplan 2015 T€	bewilligte über-/außerplanmäßige VE T€
1	2	3	4

04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt**0401 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt**

518 01 apl Mieten und Pachten 7.785

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2016 bis zu:	865 T€
Im Haushaltsjahr 2017 bis zu:	865 T€
Im Haushaltsjahr 2018 bis zu:	865 T€
Im Haushaltsjahr 2019 bis zu:	865 T€
Im Haushaltsjahr 2020 bis zu:	865 T€
Im Haushaltsjahr 2021 bis zu:	865 T€
Im Haushaltsjahr 2022 bis zu:	865 T€
Im Haushaltsjahr 2023 bis zu:	865 T€
Im Haushaltsjahr 2024 bis zu:	865 T€

Zusätzlicher Raumbedarf im BMBF-Neubau zur Unterbringung des Stabes FlüchUingspolitik und nachträgliche Etatisierung von Bewirtschaftungskosten zum bestehenden Mietvertrag.

07 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**0713 Bundesgerichtshof**

518 02 üpl Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement 1.392 240

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2016 bis zu:	80 T€
Im Haushaltsjahr 2017 bis zu:	80 T€
Im Haushaltsjahr 2018 bis zu:	80 T€

Erhöhung der Mietzinszahlung an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Folge der Übernahme von sicherheitstechnischen Anlagen und Einrichtungen des Bundesgerichtshofs in das Einheitliche Liegenschaftsmanagement

0714 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

518 02 üpl Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement 621 750

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:

Im Haushaltsjahr 2016 bis zu:	250 T€
Im Haushaltsjahr 2017 bis zu:	250 T€
Im Haushaltsjahr 2018 bis zu:	250 T€

Erhöhung der Mietzinszahlung an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Folge der Übernahme von sicherheitstechnischen Anlagen und Einrichtungen des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof in das Einheitliche Liegenschaftsmanagement.

3. Über- und außerplanmäßige Ausgaben (ohne Einwilligung des Bundesministeriums der Finanzen)

Einzelplan/ Kapitell Titel	Einzelplan-/ Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2015 T€	über-/auf - planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4

06 Bundesministerium des Innern

0601 Gesellschaft und Verfassung

53244	Kosten für Veranstaltungen der Verfassungsorgane aus besonderen Anlässen, insbesondere für Staatsakte, Staatsbegräbnisse und zentrale Gedenkveranstaltungen.....	156	22
	<i>Finanzierung der Nachrufe zum Gedenken an die verstorbene ehemalige Bundesministerin Antje Huber. Das Bundesministerium der Finanzen hat bestätigt, dass es bei rechtzeitiger Vorlage eines Antrages die Einwilligung nach Art. 112 GG erteilt hätte.</i>		

06 Bundesministerium des Innern

0633 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

711 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	891	192
	<i>Mehrbedarf für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Das Bundesministerium der Finanzen hat bestätigt, dass es bei rechtzeitiger Vorlage eines Antrages die Einwilligung nach Art. 112 GG erteilt hätte.</i>		

12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

1221 Eisenbahn-Bundesamt

712 01	Baumaßnahmen von mehr als 2 000 000 € im Einzelfall		45
	<i>Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Sie beruht auf Bauaufträgen im Rahmen der Baumaßnahme zur Sanierung der Außenstelle des Eisenbahn-Bundesamtes, Frankfurt/Main. Das Bundesministerium der Finanzen hat bestätigt, dass es bei rechtzeitiger Vorlage eines Antrages die Einwilligung nach Art. 112 GG erteilt hätte.</i>		